

GEW NRW, Grundschulverband und GGG fordern Kurswechsel

Chancengleichheit herstellen – Schulen des gemeinsamen Lernens stärken

Die Bildungsgewerkschaft GEW NRW mahnt zusammen mit dem Grundschulverband NRW und der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule (GGG) einen Kurswechsel der Landesregierung in der Schulpolitik an und fordert bessere Rahmenbedingungen für die beiden Schulformen des gemeinsamen Lernens.

Aus Anlass des 100-jährigen Jubiläums der Grundschule hat die Bildungsgewerkschaft GEW NRW zusammen mit dem Grundschulverband den „Dortmunder Denkkettel“ verfasst. Das Positionspapier unter dem Motto: „Stellt das Bildungssystem endlich vom Kopf auf die Füße! – Wir fordern eine entschiedene Bildungsoffensive Grundschule!“ wird auf einer Festveranstaltung am 12. November Schulministerin Yvonne Gebauer übergeben.

Gemeinsam mit der GGG hat die GEW NRW in der „Dortmunder Erklärung“ ihre schulpolitischen Forderungen für die Gesamtschulen zusammengefasst. Auch hier ist das Schuljubiläum Anlass für die politische Initiative: „50 Jahre Gesamtschule NRW – Schluss mit der Benachteiligung der Gesamtschule in NRW! Von der unsinnigen Vielfalt der Schulformen zur Schule der Vielfalt!“ Auch zu dieser Festveranstaltung am 19. November wird Schulministerin Yvonne Gebauer als Gast erwartet.

„Die beiden Jubiläen bieten nicht nur Anlass, um über die gegenwärtigen Herausforderungen an den beiden Schulformen zu reden, sondern auch für ein Signal an die Landesregierung, dass es dringender Änderungen bedarf. Die aktuell schwachen Zustimmungswerte für die Bildungspolitik der Landesregierung sind ein klares Zeichen. Offenbar liegt hier einiges im Argen“, sagte GEW-Landesvorsitzende Maike Finnern bei der Vorstellung der beiden politischen Erklärungen auf einer Landespressekonferenz im Düsseldorfer Landtag. Immer noch hätten von Anfang an zu viele Kinder zu wenige Chancen auf umfassende Bildung und damit auf die Entfaltung ihrer Potentiale. Sowohl die Grund- als auch die Gesamtschulen in NRW leisteten hier besondere Arbeit, trotz schwieriger Rahmenbedingungen.

„Trotz der enormen Bedeutung der Grundschule erfahren die Kolleg*innen vor Ort nicht die Wertschätzung, die sie verdienen“, klagte die GEW-Landesvorsitzende. „Die Lehr- und Lernbedingungen müssen dringend verbessert werden, es muss für die sächliche, räumliche und personelle Ausstattung gesorgt werden und nicht zuletzt muss endlich unsere langjährige Forderung nach der Einstiegsbesoldung A13Z/EG 13 für alle Lehrkräfte umgesetzt werden.“ Gleiches gilt für die Gesamtschulen des Landes, es werde Zeit, dass die Landesregierung deren Rahmenbedingungen verbessere. Finnern wörtlich: „Nicht länger kann die Gesamtschule die Schulform sein, die diejenigen aufnimmt, die an der Realschule und am Gymnasium nicht hinreichend unterstützt und gefördert werden konnten. Um den fatalen Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg zu entkoppeln, fordern wir einen schulscharfen Sozialindex, der die Ressourcen nach den Bedingungen vor Ort verteilt und damit dem Motto ‚Ungleiches ungleich behandeln!‘ gerecht wird.“

Die Dortmunder Grundschulleiterin Christiane Mika, Vertreterin des Grundschulverbandes, sah die Ansprüche der Gesellschaft an die Grundschule enorm gewachsen und die dort Arbeitenden erheblich unter Druck geraten. Grundschule heute stehe vor drängenden Herausforderungen wie der kindgerechten Gestaltung des Ganztages, Entwicklung einer inklusiven Schule, besonderen Unterstützungsbedarf für geflüchtete Kinder und umfassende Sprachbildung, sowie der allgegenwärtigen Medienpräsenz und notwendigen Medienbildung. Die Stellung der Grundschule müsse „neu bedacht“ werden. Lehrkräfte und weitere Beschäftigte sähen sich einer permanenten Überforderung ausgesetzt, ein nicht länger hinnehmbarer Zustand. Als Schulleiterin einer Grundschule im Dortmunder Norden erlebe sie und ihr Kollegium tagtäglich konkrete Benachteiligung. „In viel zu großen Klassen haben wir viel zu wenig Zeit und Personal, um auch nur annähernd den vielen Kindern, die immer mehr Rückmeldung, Zuwendung und Hilfen brauchen, gerecht zu werden.“ Wenn nicht bald entschiedene Taten folgten, drohe das Bildungssystem zuerst an den sozial benachteiligten Stadtvierteln „um die Ohren zu fliegen“ – „mit unabsehbaren Folgen“. Mikas abschließende Forderung: „Zukunftsfähige Grundschule braucht endlich eine Politik, die die Grundschule als Fundament aller schulischen Bildungseinrichtungen auch fundamental gut und handlungsfähig ausstattet.“

Behrend Heeren, Vorsitzender der GGG NRW, forderte „Schluss mit der Benachteiligung der Gesamtschulen, Schluss mit der Bevorzugung der Gymnasien!“ Die Verantwortung sei auf die Einzelschulen verlagert worden. „Daneben“, so Heeren, „wird die Schulform Gymnasium gezielt protegiert. Das dient dem Gymnasium und schadet der Gesamtschule.“ Nach Auffassung des GGG-Vorsitzenden wird das in vier Feldern – Inklusion, Lehrerbesoldung, Sozialindex, Abschulung - besonders deutlich. Heeren wörtlich: „Unsere Gesamtschulen berichten über mehr Förderschüler, weniger Förderlehrer und noch größere inklusive Klassen. Über die Hälfte der Gesamtschulkolleg*innen leisten anspruchsvollere Tätigkeiten bei gleichzeitig schlechterer Bezahlung als am Gymnasium.“ In Zeiten des akuten Lehrkräftemangels funktioniere das schulscharfe Einstellungsverfahren nicht, eine sozial gemischte Schülerschaft benötige eine andere, bessere Lehrer*innenversorgung und die Schulen endlich eine Ressourcenausstattung nach Sozialindex. Heeren: „Schulen an schwierigen Standorten bekommen Stellen, aber keine Lehrer.“ Außerdem seien die Gesamtschulen immer stärker mit einem „originären Problem des gegliederten Schulsystems“ konfrontiert, das „Abschulen“ aus Gymnasien und Realschulen. Der GGG-Vorsitzende abschließend: „Derzeit wird das zunehmend auf die Gesamtschulen abgewälzt.“

Landespressekonferenz am 07.11.2019:

Chancengleichheit herstellen - Schulen des gemeinsamen Lernens stärken!

Sprechzettel Maïke Finnern

Es gilt das gesprochene Wort!

Bildung ist eine notwendige Voraussetzung für individuelle Lebenschancen, Selbstverwirklichung, beruflichen Erfolg sowie für ein friedliches Zusammenleben und die aktive und mündige Teilhabe an unserer demokratischen Gesellschaft. Teilhabe an Bildung für alle verhindert gesellschaftliche Spaltung. Das deutsche Schulsystem ist aber sozial segregativ, das heißt es werden soziale Unterschiede reproduziert und bestärkt statt abgeschafft.

Die 100-jährige Grundschul- und das 50-jährige Gesamtschuljubiläum bieten Anlass, um über die gegenwärtigen Herausforderungen an den beiden Schulformen zu reden, aber für ein Signal an die Landesregierung, dass es dringender Änderungen bedarf. Denn immer noch haben von Anfang an zu viele Kinder zu wenige Chancen auf umfassende Bildung und damit auf die Entfaltung ihrer Potentiale. Regelmäßig wird auch NRW bescheinigt, dass die soziale Herkunft immer noch maßgeblich über den Bildungserfolg bestimmt.

Die Grundschule ist die Schulform, in der (fast) alle Kinder gemeinsam lernen. Hier wird nicht nur der Grundstein für eine erfolgreiche Bildungsbiografie gelegt, sondern die Kindern lernen ihre Lebenswelt aktiv zu gestalten und ihre Potentiale zu entfalten. Aus diesem Grund richtet die GEW NRW zusammen mit dem Grundschulverband NRW das Jubiläum unter dem Motto „Leben, Lernen, Entfalten, Gestalten“ aus. Dieses Motto vermittelt die Basis für ein demokratisches Zusammenleben und hat damit ein politisches. 100 Jahre Grundschule zeigen, dass das gemeinsame Lernen der richtige Weg ist, um allen Kindern gerecht zu werden. Trotz dieser enormen Bedeutung der Grundschule erfahren die Kolleg*innen vor Ort nicht die Wertschätzung, die sie verdienen! Der grassierende Lehrkräftemangel an Grundschulen hängt selbstverständlich mit der fehlenden Anerkennung zusammen. Um dem zu entgegnen muss die Landesregierung handeln – was geschehen muss, haben wir im Dortmunder Denkkzettel festgehalten. Herausragende Forderung: Die Lehr- und Lernbedingungen müssen dringend verbessert werden, es muss für die sächliche, räumliche und personelle Ausstattung gesorgt werden und nicht zuletzt muss endlich unsere langjährige Forderung nach der Einstiegsbesoldung A13Z/EG 13 für alle Lehrkräfte umgesetzt werden.

Auch an den Gesamtschulen unseres Landes sehen wir dringenden Handlungsbedarf. Angetreten ist die Gesamtschule mit dem nunmehr 50 Jahre alten Versprechen eine Schule für alle Schüler*innen, eine Schule der Vielfalt zu sein. Vor Ort lösen Kolleg*innen Tag für Tag dieses Versprechen ein, diesem Anspruch können sie im Alltag jedoch häufig nicht mehr gerecht werden. Es wird Zeit, dass die Landesregierung die Rahmenbedingungen für die Gesamtschulen verbessert. Auch die Lehrkräfte an den Gesamtschulen müssen mit A13/EG 13 besoldet werden, denn um die vorhandenen Stellen an Schulen mit herausfordernden Standortbedingungen zu besetzen, müssen strukturelle Defizite behoben werden.

Schulen mit herausfordernden Standortbedingungen können ihre vorhandenen Stellen häufig nicht besetzen. Dieses strukturelle Defizit kann nicht durch die Einzelschulen gelöst werden – hier muss die Landespolitik dringend handeln. Eine langjährige Forderung ist der schulscharfe Sozialindex, der die

Ressourcen nach den Bedingungen vor Ort verteilt, ganz dem Motto folgend: Ungleiches ungleich behandeln. Ein wichtiges Anliegen ist uns, dass jede Schule die von ihr aufgenommenen Schüler*innen behält und zu einem ersten Abschluss führt. Das systematische Scheitern muss endlich beendet werden. Nicht länger kann die Gesamtschule, die Schulform sein, die diejenigen aufnimmt, die an der Realschule und am Gymnasium nicht hinreichend unterstützt und gefördert werden konnten.

Unsere gemeinsame Aussage ist klar und unmissverständlich: wir fordern die Landesregierung auf, aktiv Verbesserungen für Lehrer*innen und Schüler*innen umzusetzen. Was dafür notwendig ist, steht in den beiden politischen Papieren. Nicht länger können die Missstände verwaltet werden, es muss dringend gehandelt werden.

Nun darf ich an meine beiden Kolleg*innen übergeben, bei denen ich mich bei dieser Gelegenheit für die Zusammenarbeit und den gemeinsamen Kampf für bessere Bedingungen bedanken möchte!

Landespressekonferenz am 07.11.2019:

Chancengleichheit herstellen - Schulen des gemeinsamen Lernens stärken!

Sprechzettel Christiane Mika

Es gilt das gesprochene Wort!

100 Jahre ist es her, dass die gemeinsame vierjährige Grundschule für alle Kinder in Deutschland Pflicht wurde: „*Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf,*“ (Art.146 Abs1, Weimarer Reichsverfassung von 1919). So der demokratische Anspruch, der schon zu Beginn einerseits öffentliche Bekenntnisschulen gestattete und andererseits Kinder mit Behinderungen aus der allgemeinen Schule ausschloss. Eine „gemeinsame“ Schule, die seit 100 Jahren die Bürde trägt, auf ein sehr selektives Schulsystem vorbereiten zu müssen.

Und doch - oder gerade deshalb - wurden in den letzten Jahrzehnten in der **Grundschule**, als einer lebendigen, für Reformen offene Schule, eine Fülle von pädagogischen Innovationen umgesetzt, die sich aus gesellschaftlichen Veränderungen und den pädagogischen Anforderungen an eine kindgerechte und zukunftsfähige Grundschule entwickelten.

„Die Grundschule als Grundstufe der schulischen Bildung trägt die Verantwortung für die Vermittlung der fachlichen Basiskompetenzen, der Methodenkompetenzen, der sozialen und persönlichen Kompetenzen.“

Sie steht heute vor den drängenden Herausforderungen

- Der Gestaltung einer kindgerechten Ganztagschule,
- Der Entwicklung einer inklusiven Schule, die pädagogische und arbeitsorganisatorische Veränderungen verlangt, ohne bereits gesellschaftlich getragen und angemessen finanziert zu sein,
- Der Zuwanderung und dem damit verbundenen besonderen Unterstützungsbedarf geflüchteter Kinder sowie dem Anspruch auf Sprachbildung aller Kinder
- Dem Umgang mit der allgegenwärtigen Medienpräsenz und dem Anspruch von Medienbildung.

Die Ansprüche der Gesellschaft an die Grundschule sind enorm gewachsen und die dort Arbeitenden sind dabei erheblich unter Druck geraten.

Der Grundschulverband hat in seinen Forderungen an Politik, Pädagogik und Gesellschaft anlässlich des diesjährigen Bundesgrundschulkongresses sehr klar definiert, was eine **zukunftsfähige Grundschule** braucht: „nämlich endlich eine Politik, die die Grundschule als Fundament aller schulischen Bildungseinrichtungen auch fundamental gut und handlungsfähig ausstattet.

In sehr bemerkenswerter Weise hat dies der Bundespräsident in seiner Eröffnungsrede auf eben diesem Kongress am 13. September benannt. Hier spricht der Bundespräsident von einem „laute[m] Signal“, das in diesem Land gehört wird. Dieses Signal soll heute und mit dem Grundschultag nächste Woche verstärkt werden.

Beim Grundschulverband und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft will sich aus diesem Grund die Feierlaune zum 100jährigen Bestehen der Grundschulen nicht so recht einstellen. Zu viele

Lehrkräfte und weitere Beschäftigte in der Grundschule sehen sich permanenter Überforderung ausgesetzt. Es ist skandalös, dass die Grundschule, die nach wie vor deutlich unterfinanzierte Schulform ist. Bisher konnten sich Bildungspolitiker*innen darauf verlassen, dass Grundschullehrkräfte Belastungen und Arbeitsverdichtung besonders lange aushalten. Die Stimmung im Land unter den Lehrkräften ist aber schlecht, denn wenn in der Grundschule „nachgebessert“ wird, dann gerne da, wo sich öffentlichkeitswirksame Resonanz erhoffen lässt: z.B.: Die Reduzierung schulischen Lernens auf Mathematik und Deutsch, und hier insbesondere die Rechtschreibung.

Es ist längst an der Zeit, dass die Stellung der Grundschule neu „bedacht“ wird. GEW und GSV werden am kommenden Dienstag auf dem Grundschultag in Dortmund Frau Ministerin Gebauer einen Denkmittel überreichen. Ganz im Sinne des mittelalterlichen Denkmittels, soll hier ein notwendiges Umdenken eingefordert werden. Denn nur durch eine entschiedene Bildungsoffensive Grundschule, die das Bildungssystem vom Kopf auf die Füße stellt, kann wirklich allen Kindern gleiche Chancen und uneingeschränkte Teilhabe am Leben in unserer demokratischen und heterogenen Gesellschaft ermöglicht werden. Nur so wird Bildungsgerechtigkeit ernsthaft angestrebt. Diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe muss endlich Priorität in allen bildungspolitischen Entscheidungen haben. 6 deutliche Forderungen an die Landesregierung formulieren im Denkmittel das, was den Kolleginnen und Kollegen am meisten auf den Nägeln brennt.

Als Schulleiterin einer Schule im sogenannten Dortmunder Brennpunkt erlebe ich täglich wie sich die soziale Spaltung der Gesellschaft durch wohnräumliche Segregation abbildet, ohne dass dies durch ausreichende Maßnahmen kompensiert wird. In viel zu großen Klassen haben wir viel zu wenig Zeit und Personal, um auch nur annähernd den vielen Kindern, die immer mehr Rückmeldung, Zuwendung und Hilfen brauchen, gerecht zu werden. Hoch engagierte Kolleginnen und Kollegen gestalten ihre pädagogische Arbeit orientiert an den unterschiedlichsten Lebens- und Entwicklungsbedingungen der Kinder, passen ihre Konzepte im engem fachlichen Austausch an, gestalten individuell herausfordernde Lernsituationen und übernehmen zusätzlich immer mehr Erziehungsaufgaben, die aus dem Elternhaus in die Schule verlagert werden. Und dies bei der aktuellen Personalsituation.

Wenn, der Einsicht des Ministeriums, das Ungleiche auch ungleich behandelt werden muss, nicht bald entschiedene Taten folgen, fliegt uns das Bildungssystem mit unabsehbaren Folgen zuerst an diesen Standorten um die Ohren. Es ist bildungspolitische und vorrangige Verantwortung dieser Landesregierung, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Grundschule als ganztägige und inklusive Bildungseinrichtung die professionellen Arbeitsbedingungen und Ressourcen erhält, die sie braucht, um wieder das Fundament für eine allseitige Bildung aller Schülerinnen und Schüler werden zu können.

Behrend Heeren

Vorsitzender GGG NRW

Telefon: 02845 - 5383

mobil: 0160 - 97358197

behrend.heeren@t-online.de

Sprechzettel LPK 50 Jahre Gesamtschule 07.11.2019

Die GGG fordert als Verband der integrierten Schulen: **Schluss mit der Benachteiligung der Gesamtschulen, Schluss mit der Bevorzugung der Gymnasien!**

Die **neoliberale Bildungspolitik** des Landes ermöglicht der Landesregierung, sich aus der Verantwortung zu ziehen, indem die Verantwortung auf die Einzelschulen verlagert wird.

Daneben wird die Schulform Gymnasium gezielt protegiert. Das dient dem Gymnasium und schadet der Gesamtschule.

An vier Beispielen wird das besonders deutlich:

1. Inklusion: Die Neuausrichtung der Inklusion ist eine Mogelpackung.

Die versprochene bessere Qualität steht nur auf dem Papier. In der Praxis hat sie sich deutlich verschlechtert. Unsere Gesamtschulen berichten über mehr Förderschüler, weniger Förderlehrer und noch größere inklusive Klassen. Das schadet der Inklusion, das schadet den Gesamtschulen.

Besonders schadet es den Schülern mit und ohne Förderbedarf und verstärkt die soziale Segregation. Das Gymnasium wird von der Inklusion ausgenommen. Das bevorzugt gezielt das Gymnasium.

2. Lehrerversorgung – Lehrerbesoldung

In Zeiten akuten Lehrermangels funktioniert das schulscharfe Einstellungsverfahren nicht. Schulen an schwierigen Standorten bekommen Stellen, aber keine Lehrer. Über die Hälfte der Gesamtschulkollegen*innen leisten anspruchsvollere Tätigkeiten bei gleichzeitig schlechterer Bezahlung als am Gymnasium. Deshalb ist eine einheitliche Lehrereingangsbesoldung überfällig: gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Daneben muss das Land wieder die Verantwortung für die Lehrerversorgung übernehmen.

3. Ungleiches ungleich behandeln – nicht Talentschulen, sondern Sozialindex

Schulen haben unterschiedliche Aufgaben zu bewältigen. Eine sozial gemischte Schülerschaft mit sozial benötigt eine andere, eine bessere Lehrerversorgung. Deshalb muss endlich der schulscharfe Sozialindex überhaupt und spürbar eingeführt werden. Das Talentschulprogramm der Landesregierung ist eine falsche und unzureichende Antwort darauf.

4. Abschulung

Das Abschulen aus Gymnasien und Realschulen ist ein originäres Problem des gegliederten Schulsystems mit zunehmender Tendenz. Derzeit wird das zunehmend auf die Gesamtschulen abgewälzt.

Die Politik der jetzigen Landesregierung kanalisiert die aktuellen und strukturellen Probleme des Schulbereichs auf die integrierten Schulen bei gleichzeitiger Entlastung insbesondere des Gymnasiums. Anlässlich des fünfzigjährigen Jubiläums hat die GGG NRW deshalb die in der Dortmunder Erklärung vorliegenden Forderungen gestellt.

Dortmunder Denkkzettel zum Grundschultag 2019

„Stellt das Bildungssystem endlich vom Kopf auf die Füße!“ – Wir fordern eine entschiedene Bildungsoffensive Grundschule!

Seit langem ist das Urteil über die deutsche Bildungspolitik vernichtend. Immer noch haben von Anfang an zu viele Kinder zu wenige Chancen auf umfassende Bildung. Gelegentlich vorgenommene kleine Veränderungen haben häufig den Blick dafür getrübt, dass es schlicht ungerecht ist, wenn für die weiterführende Bildung älterer Kinder viel mehr Geld ausgegeben wird als für die grundlegende Bildung der jüngeren.

1. Grundschulen brauchen qualifizierte Grundschullehrkräfte.

Ein vorrangiges Ziel der Landesregierung muss die Bekämpfung des Lehrkräftemangels und die bestmögliche Qualifizierung von Seiteneinsteiger*innen und Kolleg*innen mit anderem Lehramt sein, um eine stabile und ausreichende Personalversorgung zu sichern. Dazu muss auch die Zahl der Studienplätze deutlich erhöht werden.

2. Grundschulen brauchen für Inklusion und Integration gute und verlässliche Bedingungen.

Grundschulen sind Orte ganztägigen Lernens für alle Kinder. Alle Grundschulen benötigen verlässliche Rahmenbedingungen für den Einsatz von multiprofessionellen Teams aus Grundschullehrer*innen, Sonderpädagog*innen, sozialpädagogischen Fachkräften, Erzieher*innen, Schulsozialarbeiter*innen und weiteren Mitarbeiter*innen.

3. Grundschulen brauchen in sozialen Brennpunkten zusätzliche Unterstützung.

Ungleiches muss ungleich behandelt werden. Durch eine bessere Versorgung mit Lehrkräften und weiterem pädagogischen und nichtpädagogischem Personal müssen gute Arbeits- und Lernbedingungen geschaffen werden.

4. Grundschulen brauchen eine gute sächliche und räumliche Ausstattung.

Schulräume sind Lern-, Lebens- und Arbeitsräume. Bei ihrer Gestaltung und Ausstattung müssen pädagogische Erfordernisse, ganztägiges Lernen und gesundheitsfördernde Aspekte berücksichtigt werden. Dazu gehört auch eine gute digitale Infrastruktur für Lehrkräfte, Mitarbeiter*innen und Schüler*innen.

5. Grundschulen brauchen fair bezahlte Lehrkräfte.

Die Bezahlung nach A13 Z/EG 13 als Eckeingruppierung muss endlich umgesetzt werden. Auch in NRW müssen den Ankündigungen nun Taten folgen.

6. Grundschulen brauchen eine Absenkung der Unterrichtsverpflichtung.

Die Aufgabenbereiche der Grundschullehrkräfte haben sich auch im außerunterrichtlichen Bereich stark erweitert. Dies steht im deutlichen Widerspruch zur hohen Pflichtstundenzahl. Kurzfristig müssen Maßnahmen getroffen werden, um die hohe Arbeitsbelastung zu senken z.B. durch Aufstockung der Anrechnungsstunden, Aussetzung der Qualitätsanalyse und Wiedereinführung ganztägiger Elternsprechtage.



50 Jahre Gesamtschule NRW – Schluss mit der Benachteiligung der Gesamtschule in NRW!

- **Lehrerversorgung für alle Schulen sichern**
In Zeiten des akuten Lehrermangels funktioniert das sogenannte schulscharfe Lehrereinstellungsverfahren nicht. Schulen an ungünstigen, schwierigen Standorten bekommen wohl Stellen, aber keine oder nicht die benötigten Lehrer*innen. Das Problem ist auf der Ebene der Einzelschule nicht lösbar. Hier kann nur das Land gegensteuern, hier muss das Land dringend handeln.
- **Ungleiches ungleich behandeln – endlich den Sozialindex einführen**
Schulen haben unterschiedliche Aufgaben zu bewältigen. Eine gemischte Schüler*innenschaft mit sozial stärkeren und sozial schwächeren Schüler*innen benötigt eine andere Lehrer*innenversorgung als eine sozial stärkere, homogene Schüler*innenenschaft. Wir fordern, den im Schulkonsens vereinbarten und im Koalitionsvertrag angesprochenen Sozialindex endlich umzusetzen.
- **Abschulung in die Gesamtschulen beenden**
Das Abschulen ist ein originäres Problem des gegliederten Schulsystems mit steigender Tendenz. Derzeit wird das Problem zunehmend auf die Gesamtschulen abgewälzt. Dieses Problem ist dort zu lösen, wo es ursächlich entsteht, innerhalb des gegliederten Systems.
- **Inklusion: alle Schulformen beteiligen und Versprechen halten**
Es ist ein Skandal, dass bei der Umsetzung der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Inklusion die quantitativ und sozial stärkste Schulform, das Gymnasium, praktisch ausgeklammert wird. Die von der Landesregierung vorgegebenen Qualitätsstandards werden in der Praxis nicht eingehalten.
- **Rahmenbedingungen für Schulen mit Teilstandorten verbessern**
Allein bei den integrierten Schulen gibt es über hundert mit mehr als einem Standort. Dass diese Schulen aus unterschiedlichen Gründen mehr Personal benötigen als eine gleichgroße Schule mit einem Standort, ist unbestritten. Dieser Sachverhalt wird aber bei der Ausstattung der Schulen auf sächlicher und personeller Ebene ignoriert.
- **Lehrerbesoldung: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – deshalb einheitliche Lehrer-eingangsbesoldung für alle Lehrer**
An den Gesamtschulen war schon immer nicht nachzuvollziehen, dass die Lehrer*innen in der Sekundarstufe I bei gleicher Tätigkeit höchst unterschiedlich bezahlt wurden. Nachdem die Lehrer*innenausbildung für alle Lehrer*innen qualitativ und quantitativ gleich ist, gibt es überhaupt keine sachliche Begründung mehr für die ungleiche Bezahlung.
- **Innovative Schulentwicklung weiter ermöglichen**
Innovative Vorhaben der Schul- und Unterrichtsentwicklung dürfen nicht eingeschränkt oder gar verhindert werden.

Unabhängig von diesen aktuellen Forderungen fordern wir alle politisch Verantwortlichen auf, Schluss zu machen mit der bundesweit einmaligen Zersplitterung der Schullandschaft in NRW:

Von der unsinnigen Vielfalt der Schulformen zur Schule der Vielfalt!

Was ist die GGG NRW?

Die GGG NRW ist Teil der bundesweiten GGG. Diese hat sich 1969 gegründet und besteht neben der Bundesebene aus der Landesebene mit Landesverbänden.

Die GGG NRW ist der größte Landesverband. In der GGG engagieren sich u. a. Lehrer*innen, Eltern, Schulleiter*innen, Wissenschaftler, Sozialpädagogen*innen als Einzelmitglieder.

Daneben sind in der GGG NRW $\frac{3}{4}$ aller Gesamtschulen korporative Mitglieder.

Was will die GGG?

„Die GGG setzt sich ein für eine Schule für alle: Ziel ist, dass Kinder und Jugendliche eine gemeinsame Schule für alle – eine Schule der Inklusion – bis zum Ende der Schulpflicht besuchen und das tradierte gegliederte Schulsystem auch in Deutschland überwunden wird. Die GGG setzt sich ein für eine Bildungspolitik, die den Übergang zu einem integrierten und inklusiven Schulsystem konsequent verfolgt“ (§ 1 der Satzung der GGG)

Die eine Schule für alle ist eine Schule der Menschenrechte, der Chancengleichheit, der Demokratie und der optimalen individuellen Persönlichkeits- und Leistungsentwicklung.

Ziel in NRW ist es, schrittweise die unsinnige Vielfalt der Schulformen durch eine Schule der Vielfalt zu ersetzen.

Was leistet die GGG?

Kommunale Schulentwicklung und die pädagogische Arbeit an den Gesamtschulen standen am Beginn der GGG im Mittelpunkt. Durch die politische Auseinandersetzung um die Gesamtschule hat sich die Interessenvertretung der integrierten Schulen zu einem weiteren Schwerpunkt entwickelt:

- Die GGG unterstützt bei der Schulentwicklung durch Beratung, Vermittlung von Experten, Organisation und Vermittlung von Schulhospitationen und Fortbildungen.
- Die GGG vertritt die Positionen und Interessen der Mitglieder in der öffentlichen Diskussion sowie in Gesprächen mit Regierungen, Parlamenten, Parteien und Verbänden.
- Die GGG NRW ist anerkannter Verband im Bereich der Ministerien in NRW.
- Die GGG unterstützt bei der Schulentwicklung durch Beratung, Vermittlung von Experten, Organisation und Vermittlung von Schulhospitationen und Fortbildungen.
- Die Fortbildungseinrichtungen fesch (Forum Eltern Schule) und A&B /Austausch und Begegnung) unterstützen die Schulen bei der pädagogischen Weiterentwicklung.
- Die Verbandszeitschrift „ISA – Integrierte Schulen Aktuell“ des Landesverbandes GGG NRW informiert über die Bildungspolitik in NRW und über Projekte der integrierten Schulen in NRW.
- Die Initiative Schule³ der GGG NRW setzt sich für Schulen an schwierigen Standorten ein.

Weitere Informationen sind unter www.ggg-web.de/nw-start zu finden.

Für die Grundschule und ihre Kinder!

Forderungen an Politik, Pädagogik und Gesellschaft

Die Grundschule arbeitet erfolgreich unter schwierigen Bedingungen. Seit 100 Jahren ist sie die einzige „gemeinsame Schule für alle Kinder“ in unserem Land. Darüber hinaus hat sie mit Sachverstand und Engagement viele Herausforderungen angenommen, die aus der gesellschaftlichen Entwicklung erwachsen sind: Ganztagschule, Übergänge, Inklusion, Integration von Flüchtlingskindern sind nur einige Beispiele. Die Ansprüche der Gesellschaft an die Grundschule sind enorm gewachsen und die in ihr Arbeitenden sind dabei unter erheblichen Druck geraten. Es ist höchste Zeit, auch Schattenseiten und Missstände zur Sprache zu bringen und Änderungen einzufordern:

- Lehrerinnen, Lehrer und andere pädagogische Fachkräfte fehlen in einem bedrückenden Ausmaß.
- Von einer sach- und fachgerechten Ausstattung kann vielerorts keine Rede sein, die pädagogische Infrastruktur ist teilweise marode oder gar nicht vorhanden.
- Schulversagen ist immer noch Alltag. Rund 20 Prozent der Schülerinnen und Schüler verlassen die Grundschule ohne ausreichende Kompetenzen im Lesen, Schreiben und in der Mathematik.
- Sachunterricht und musisch-ästhetische Bildung haben vielfach nur nachrangige Bedeutung. Grundschulen brauchen tatkräftige Unterstützung und konkrete Veränderungen. Die Bildungsansprüche der Kinder und der Weg zur inklusiven Schule verlangen eine entschiedene Bildungsoffensive.

Aufgefordert zum Handeln sind alle, die für die Grundschule und ihre Kinder Verantwortung tragen: die Pädagoginnen, Pädagogen und Eltern, die Bildungsverwaltungen, die Bildungs- und Finanzpolitik, eine kritisch-konstruktive Wissenschaft und eine Öffentlichkeit, der die grundlegende Bildung aller Kinder ein Anliegen ist.

Kinder brauchen

ein allseitiges Bildungsangebot

In der öffentlichen Wahrnehmung wie in der Schulpraxis drängen Teilbereiche des Deutsch- und Mathematikunterrichts als „Hauptfächer“ alle anderen Lernbereiche mehr und mehr in den Hintergrund. Die Rechtschreibleistungen der Kinder scheinen bisweilen für wichtiger befunden zu werden als alle anderen Lernfelder der Grundschule. Sachunterricht, die musisch-ästhetische Bildung und soziales Lernen haben faktisch nur noch einen nachrangigen Stellenwert. Dies steht im Widerspruch zu einem umfassenden Bildungsanspruch.

Der Grundschulverband fordert:

- ▶ Die vielfältigen Potenziale aller Kinder sind durch die Sicherung eines qualitätvollen Angebots

im musisch-ästhetischen Lernbereich und die Schaffung von Erfahrungsräumen für demokratisches, nachhaltiges und umweltgerechtes Handeln zu fördern.

- ▶ Allseitige Bildung verlangt eine rhythmisierte Struktur der Schultage. Die Unterscheidung von Betreuungszeit und Lernzeit muss überwunden werden, denn der ganze Schultag ist Bildungszeit, in der Persönlichkeitsbildung und soziales Lernen gleichermaßen bedeutsam sind. Die Stundentafeln sind zu flexibilisieren, damit Kinder fächerübergreifend, nachhaltig und kooperativ arbeiten können.
- ▶ Der Anspruch der Kinder auf allseitige Bildung verlangt die Intensivierung der allgemeinpädagogischen Grundlagen und der musisch-ästhetischen Ausbildungs- und Weiterbildungsangebote an Universitäten, Studienseminaren und Lehrerfortbildungsinstituten.
- ▶ Eine anspruchsvolle und förderorientierte Grundschulbildung setzt die Erweiterung der Stundenkontingente für die einzelnen Fächer voraus und als Konsequenz mindestens 30 verbindliche Unterrichtsstunden pro Woche. Diese Erweiterung muss in allen Bundesländern umgesetzt werden, denn immer noch gibt es je nach Bundesland unterschiedliche Bildungszeiten für die Kinder in der Grundschule.

Kinder brauchen

ein kindgerechtes Leistungskonzept

Leistungsbeurteilung in der Schule steht im Widerspruch zwischen Entwicklungsfunktion (Förderung der bestmöglichen Lernentwicklung der Schüler/innen) und Steuerungsfunktion (Entscheidung über die weitere Schullaufbahn). Die frühe Auslese ist in einer inklusiven Pädagogik widersinnig, denn sie setzt den Förderauftrag außer Kraft und schadet damit allen Kindern. Dies bedeutet nicht den Verzicht auf Leistung – im Gegenteil: Alle Kinder sollen zu ihrer bestmöglichen Leistung herausgefordert und befähigt werden.

Der Grundschulverband fordert:

- ▶ In der Grundschule als inklusiver Schule ist auf jede Form von Auslese zu verzichten. Alle Kinder, gleich welcher Herkunft und welcher Leistungsfähigkeit, sollen gemeinsam lernen können und alle sollen die individuell nötige Unterstützung erhalten.
- ▶ Im Rahmen einer pädagogischen Leistungskultur haben Rückmeldungen über Lernprozesse und Leistungen zum Ziel, individuelle Entwicklungen zu erfassen, den Lernwillen jedes Kindes zu stärken und es zum weiteren Lernen zu ermutigen. An die Stelle von Ziffernzensuren, die die individuelle Lernentwicklung nicht abbilden, müssen sachbezogene und individuelle Rückmeldungen treten. Kinder müssen befähigt werden, über ihre Arbeitsziele und Lernwege mitzuentcheiden und ihre Lernergebnisse mit zu reflektieren. Dazu dienen zum Beispiel Lerntagebücher, Lerngespräche mit den Kindern und ihren Eltern und Portfolios als individuelle Leistungsnachweise.
- ▶ Eine solche pädagogische Leistungskultur ist an jeder Schule umzusetzen. Lehrkräfte müssen durch ihre Aus- und Weiterbildung und die Teamarbeit in ihrer Schule befähigt werden, eine derartige pädagogische Leistungskultur zu realisieren. Lehrkräfte und alle in der Schule pädagogisch Tätigen verständigen sich über eine kindgerechte leistungsförderliche Lernkultur und über die Bandbreiten der Entwicklungen, in denen die Kinder ihrer Schule tragfähige Grundlagen für ihr weiteres Lernen erwerben sollen.

► Die Wahl der weiterführenden Schulen ist von der Anforderung bestimmter Mindestnoten zu befreien. Die Entscheidung treffen die Erziehungsberechtigten des Kindes in eigener Verantwortung auf der Basis eines Beratungsgesprächs durch die Grundschule, das die gesamte Lernentwicklung des Kindes berücksichtigt und würdigt. Dieses Vorgehen löst allerdings nicht das grundsätzliche Dilemma der Aufteilung der Kinder in ungleichwertige Bildungsgänge.

Kinder brauchen

anregungsreiche Lernumgebungen

Die Grundschule ist strukturell unterfinanziert. Im Vergleich zu anderen Schulstufen und zu ökonomisch gleich starken Ländern besteht bei Gebäude-, Raum- und Sachausstattung erheblicher Nachhol- und Investitionsbedarf. Allein die Kosten für die dringend notwendige Sanierung maroder Grundschulgebäude werden auf einen hohen zweistelligen Milliardenbetrag geschätzt.

Der Grundschulverband fordert:

- Für jedes Bundesland ist ein pädagogisch orientiertes, verbindliches Raumkonzept zu entwickeln, das konkrete Angaben zu Gebäuden, Schulgelände und Sporteinrichtungen enthält. Einzu-beziehen sind Maßnahmen zum Schutz vor Lärm, störenden Lichteinflüssen und ökologischen Belastungen.
- Flexible Lern- und Fachräume, die alle an Schule Beteiligten zum individuellen und gemeinschaftlichen Arbeiten einladen, müssen geschaffen werden: für forschendes und entdeckendes Lernen, zum Musizieren, Theaterspielen und Gestalten, zur produktiven Nutzung von Medien aller Art, zur Kommunikation und Präsentation. Ein Veranstaltungsraum für Feiern, Feste und Versammlungen zählt zur Grundausrüstung.
- Eine gesundheitsfördernde Ausstattung muss Verpflichtung sein. Dazu gehören Schulküchen und Essensplätze für eine gemeinsame Esskultur, Bewegungs- und Spielmöglichkeiten im Innen- und Außengelände, Ruheoasen und Rückzugsmöglichkeiten sowie Räume für Beratung und Therapie.
- Teamarbeit verlangt geeignete und funktionale Arbeitsräume für das pädagogische Personal, insbesondere in der Ganztagschule.
- Jede Grundschule muss täglich eine Bildungs- und Betreuungszeit von 7 bis 17 Uhr anbieten. Alle Grundschulen sind zu Ganztagschulen auszubauen, um den zukünftig geltenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung qualitativ zu gestalten.

Kinder brauchen

eine qualitätsvolle Personalausstattung

Zum Nachteil der Grundschullehrkräfte werden Lehrerinnen und Lehrer in Deutschland trotz gleichwertiger Ausbildung und Tätigkeit unterschiedlich bezahlt. Aktuell ist der Lehrermangel in der Grundschule besonders hoch und die Quote der Quereinsteiger folglich groß. Unterschiedliche Standortbedingungen von Schulen werden in der Personalzuweisung nicht bedarfsgerecht berücksichtigt.

Der Grundschulverband fordert:

- ▶ Grundschulen benötigen eine personelle Grundausstattung in Höhe von mindestens 110 Prozent, um die Verlässlichkeit von Unterricht und Betreuung gewährleisten zu können. Für die ganz-tägige Bildung ist die verlässliche Einbindung weiterer Professionen abzusichern.
- ▶ Die Besoldung der Grundschullehrkräfte ist der in anderen Schulstufen in allen Bundesländern gleichzustellen, gleiche Aufstiegsämter müssen eröffnet werden. In die Arbeitszeitberechnung müssen Teamarbeit, Unterrichts- und Schulentwicklungsarbeit sowie Beratungstätigkeiten einfließen und durch Zeitkontingente unterlegt werden. Schulleitungen und Kollegien sind von Verwaltungsaufgaben zu entlasten.
- ▶ Schulentwicklung braucht eine Qualifizierung der Schulleitungen und Steuergruppen, ausreichende Ausstattung und Unterstützung durch die Schulverwaltung. Die Qualifizierung von Quereinsteigern muss über Angebote für das Studium eines zweiten Fachs und den Erwerb von pädagogischen Kompetenzen gewährleistet werden.
- ▶ Zur langfristigen Sicherstellung einer hinreichenden Ausstattung mit ausgebildeten Lehrkräften muss die Lehrerbedarfsplanung der Länder von einer reaktiven auf eine proaktive Lehrerbedarfsberechnung und -planung auf der Basis einer soliden und kontinuierlichen Bevölkerungsprognostik umgestellt werden.

Kinder brauchen

eine inklusive Schule

Alle Kinder haben ein Recht auf Teilhabe an allen Errungenschaften der Gesellschaft – auch an der allgemeinen Grundschule. Kein Kind sollte gegen seinen Willen von der allgemeinen Schule ausgeschlossen werden. Mit der Unterzeichnung der Behindertenrechtskonvention hat sich Deutschland u. a. verpflichtet, das Bildungssystem inklusiv zu entwickeln. Die Bundesländer reagieren auf die Verpflichtung mit unterschiedlichen Vorgaben. Schulen, Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte fühlen sich mit der Umsetzung und der Entwicklung von Konzepten vielerorts überfordert.

Der Grundschulverband fordert:

- ▶ Jedes Bundesland und alle Schulträger müssen ein umfassendes Inklusionskonzept entwickeln, das auf schulpraktischen Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht. Dieses Konzept ist über einen Aktions- und Meilensteinplan für die Umwandlung aller Grundschulen des Landes zu inklusiven Schulen im Laufe von zehn Jahren zu konkretisieren.
- ▶ Schulpädagogische und inklusionspädagogische Beratungs- und Unterstützungszentren sind in allen Schulbezirken einzurichten.
- ▶ Assistenzkräfte für die pflegerische Betreuung und die pädagogische Begleitung von behinderten Kindern müssen für jede Schule eingestellt werden.
- ▶ Die Einrichtung von regionalen inklusiven Schwerpunktschulen für alle anderen Grundschulen eines Bezirks darf nur einen Zwischenschritt auf dem Weg zur Inklusion darstellen.
- ▶ Inklusionspädagogische Pflichtveranstaltungen in allen lehramtsrelevanten Fächern und Fachrichtungen der Universitäten einschließlich der Fachdidaktiken sind einzuführen.
- ▶ Die Landesinstitute für Lehrerfortbildung und/oder die Universitäten müssen inklusionspädagogische Fortbildungsprogramme für alle in der Schule tätigen Pädagoginnen und Pädagogen an-

bieten, insbesondere für die so genannten „Quereinsteiger/innen“.

Kinder brauchen

längeres gemeinsames Lernen

Alle Kinder haben ungeachtet ihrer sozialen, ethnischen, sprachlichen, sozioökonomischen oder kulturellen Herkunft sowie unterschiedlicher religiöser und weltanschaulicher Überzeugungen und Lernvoraussetzungen das Recht auf gemeinsames Lernen in einer Schule für alle. Trotzdem werden am Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe Kinder nach wie vor auf ungleichwertige Sekundarschulbildungsgänge aufgeteilt.

Der Grundschulverband fordert:

- ▶ Die Kontinuität individueller Bildungsbiografien in einer inklusiven Schule darf nicht mehr durch die Auslese am Ende der Grundschulzeit behindert werden. Dafür sind entsprechende Bedingungen zu schaffen: Vor und am Ende der Grundschule treffen Einrichtungsleitungen, Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte verbindliche Absprachen für die Übergänge. Unterrichtskonzepte, Lerninhalte und Förderansätze sind über Kooperation zwischen den Einrichtungen transparent zu machen und aufbauend zu gestalten.
- ▶ Eltern sind kontinuierlich in die Reflexion und Planung der Lernbiografien ihrer Kinder einzubeziehen.
- ▶ Die Einrichtung von Gemeinschafts- und Langformschulen vom ersten bis zum zehnten Schuljahr muss politisch gefördert, durch wissenschaftliche Begleitung unterstützt und über die Schulgesetze der Bundesländer abgesichert werden.

„Die für alle gemeinsame Grundschule“ hatte die Weimarer Verfassung 1919 beschlossen, aber nicht ihre Dauer festgelegt. Ein Jahr danach wurde die gemeinsame Schulzeit – nach heftigen öffentlichen Auseinandersetzungen – auf nur vier Jahre begrenzt.

100 Jahre später ist diese zeitliche Einschränkung ein Anachronismus. Mit dem Blick auf die Zukunft gilt es heute, eine Strukturreform des deutschen Schulwesens bis zum Ende der Schulpflicht durchzusetzen, die alle Kinder und Jugendlichen einschließt.

Impressum:

Grundschulverband e.V. (Hg.):

Für die Grundschule und ihre Kinder! Forderungen an Politik, Pädagogik und Gesellschaft

Erschienen zum Bundesgrundschulkongress am 13./14.09. 2019 in Frankfurt a.M.

Beschlossen von der Delegiertenversammlung des Grundschulverbands im Mai 2019

Redaktion: Ulrich Hecker, Maresi Lassek